

STAATSBANK  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
DER PRÄSIDENT

1086 BERLIN  
CHARLOTTENSTRASSE 33-33a  
6. 2. 1990

Frau Prof. Dr. Luft  
zur Kenntnis.

Sekretariat Prof. Dr. Luft  
Eingang: 7. 2. 90  
Nr.: 840

*Eilt!*

Vorsitzenden des Ministerrates  
Dr. Hans Modrow  
Klosterstraße 47  
Berlin  
1020

Werter Vorsitzender!

Auf der Grundlage meiner Einladung fand heute in der Staatsbank der DDR ein interner Meinungs austausch zu währungs politischen Fragen mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Karl Otto Pöhl, statt. Pöhl wurde vom 1. Vizepräsidenten der Bundesbank, Herrn Prof. Schlesinger, begleitet. Frau Prof. Luft empfing anschließend die Herren Pöhl und Schlesinger zu einem gesonderten Gespräch. Alle Beratungen verliefen in einer offenen und sehr sachlichen Atmosphäre.

Hauptinhalt des bei mir geführten Meinungs austausches war:

1. Die Bundesbank sieht in dem Zufluß von Kapital in die DDR den Schlüssel für den notwendigen Produktivitätsfortschritt, um in verhältnismäßig kurzer Zeit in der Wirtschaft den Anschluß an den westeuropäischen Standard zu schaffen. Pöhl schätzte ein, daß hierfür in der DDR günstigere Voraussetzungen als derzeit in anderen Ländern bestehen. Er hält die dafür bisher geschaffenen Rahmenbedingungen unzureichend als kräftigen Anreiz für den Zufluß von Kapital. Dabei gehe es nicht nur um Joint ventures, sondern vor allem um die Möglichkeit zur Errichtung von Niederlassungen bzw. selbständigen Betrieben leistungsfähiger westdeutscher oder auch anderer ausländischer Unternehmen und Kapitalgeber.

Dies würde nicht die Verschuldung der DDR erhöhen, sondern im Gegenteil, Leistungsentwicklung mit wachsenden Deviseneinnahmen und zunehmendem internationalen Vertrauen in die Wirtschaftskraft der DDR zur Folge haben. Außerdem würde das zugleich die Leistungsmotivation der Bürger der DDR stärken. Ein solcher Weg stellt keinen Ausverkauf der DDR dar. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die positiven Erfahrungen der BRD und anderer EG-Länder.

2. Zu den Fragen einer Währungs Kooperation gab es in einem breiten Meinungs austausch Übereinstimmung, daß eine sofortige Einführung der DM in der DDR nicht realistisch sei und kein geeigneter Weg ist, um die anstehenden Probleme der DDR zu lösen. Dies sei die Meinung in der Bundesbank, unabhängig von unterschiedlichen Äußerungen verschiedener politischer Persönlichkeiten.

Pöhl meinte, daß auf der Basis der Wirtschaftsreform und eigener Anstrengungen in der DDR in Verbindung mit der Wirkung produktiven Auslandskapitals eine schrittweise Konvertierbarkeit der Währung der DDR eingeführt werden könne.

Im Ergebnis dieses Prozesses wäre dann die volle Konvertierbarkeit der Mark, eingeordnet in einen politischen und wirtschaftlichen Anpassungsprozeß, realisierbar. Er sehe als Ausgangspunkt für eine absehbare Zeit die DDR weiterhin als selbständigen Staat mit eigener Verantwortlichkeit für die Währung - bis zu einer späteren Stufe des politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses beider Staaten.

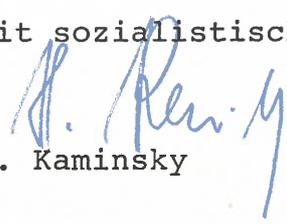
3. Pöhl unterstützte den Standpunkt der Regierung der DDR wie auch der Staatsbank, daß unter den gegebenen Bedingungen eine Währungsreform in der DDR nicht notwendig und gerechtfertigt wäre. Er verwies gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer strengen Geldpolitik seitens der Bank zur Eindämmung inflationärer Gefahren sowie zur Bestimmung eines realistischen Wechselkurses in enger Verbindung mit der vorgesehenen Preisreform.

4. Es bestand Übereinstimmung zur Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses zwischen der Staatsbank und der Bundesbank zur umfassenderen Untersuchung der anstehenden Währungsfragen.

Es wurde abgesprochen, daß dieser Vorschlag von beiden Bankpräsidenten an ihre Regierungschefs herangetragen wird, damit er in die bevorstehenden Beratungen zwischen den Regierungschefs mit einbezogen und daraus ein offizieller Auftrag an beide Banken abgeleitet werden kann.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit sozialistischem Gruß

  
H. Kaminsky